

BODENSEEKREIS

Nur für Abonnenten

vor 4 Stunden

Die unabhängige Behindertenberatung für den Kreis steht vor dem Aus

Seit 2017 setzt sich die EUTB gegenüber den Behörden für die Rechte Schwerbehinderter und Bedürftiger im Bodenseekreis ein. Nun will der Bund ab 2023 die Zuschüsse komplett streichen. Die Emotionen kochen hoch.



Die Blicke gehen in eine ungewisse Zukunft: Steht die unabhängige Schwerbehindertenberatung EUTB in Oberteuringen vor dem Aus? EUTB-Leiter Thomas Schalski (Zweiter von rechts) und seine Frau Anita Schalski wollen sich gegen das Ende der Förderung durch den Bund wehren. Ein Aus der EUTB würde die Mitglieder, die auf die finanziellen und beratenden Hilfen angewiesen sind, schwer treffen (von links): Daniel Neher, Roland Roller und Cynthia-Stefanie Barth. | Bild: Grupp, Helmar

VON HELMAR GRUPP

Steht die EUTB in Oberteuringen vor dem Aus? Geht es nach der Entscheidung des Bundesministeriums für Arbeit, führt daran kein Weg vorbei. Gemeinsam mit seiner Frau Anita berät und hilft Thomas Schalski schwerbehinderten oder betreuungsbedürftigen Menschen, denen das Schicksal hart mitgespielt hat. An diesem regnerischen Novemberabend steht Schalski in seinem vollgestopften, kleinen Büro neben der Oberteuringer Dorfkneipe und schaut in eine ungewisse Zukunft.

Thomas Schalski führt die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB) in Oberteuringen. Rund 800 EUTB-Stellen gibt es in Deutschland. Schalski betreute bislang mit seiner EUTB den Bodenseekreis. Nun will das Bundesministerium für Arbeit die Fördermittel ab dem 1. Januar 2023 streichen. Das würde das Aus für die EUTB in Oberteuringen bedeuten. Schalski setzt sich dagegen juristisch zur Wehr. | Bild: Fricker, Ulrich | SK-Archiv

Worum geht es? Das sperrige Kürzel EUTB steht für das bürokratendeutsche Wortungetüm „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“. In verständliches Deutsch übersetzt ist eine EUTB eine Anlaufstelle für Betreuungsbedürftige und ihre Angehörigen, wo sie sich zu allen Fragen der Unterstützung, der Rehabilitation und der finanziellen Hilfen beraten lassen können. Schalski geleitet seine Schützlinge, in der Regel verzweifelte Menschen, die nicht mehr weiter wissen, durch den Dschungel der Behörden, hilft ihnen dabei, Formulare und Anträge auszufüllen und zeigt ihnen, welche Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung sie beantragen können. Und er setzt, wenn es sein muss auch mit brachialem Nachdruck, durch, dass sie Hilfen, die ihnen von Rechts wegen zustehen, tatsächlich auch in vollem Umfang bekommen.

Das könnte Sie auch interessieren

SALEM

Beate Roller stürzte beim Skifahren. Seither ist sie ein Pflegefall. Nun kämpft die Rollstuhlfahrerin mit dem Dschungel des Sozialstaats

Weder Frau

REICHENAU

nach Auto

mit dem Auto

Weder Frau noch Auto hätten fahren dürfen – und landen im Straßengraben neben der B33

▸ Das sagt das Ministerium

▸ Das sagt das Landratsamt

Damit soll nun Schluss sein: Angedockt sind die EUTB an das Bundesministerium für Arbeit (BMAS). Das BMAS gibt den EUTB, rund 800 sind es in Deutschland, Zuschüsse für Personal, Büro, Aufwandskosten. Aber nicht allen. Das BMAS wählt seine Empfänger aus. Alle paar Jahre müssen die EUTB aufs Neue die Zuschüsse in Berlin beantragen. Können sie ihren Antrag gut begründen und leisten sie in der

Bewertung des BMAS eine gute Arbeit, werden ihre Anträge bewilligt. Andernfalls gehen sie leer aus und müssen selbst schauen, wie sie an Geld kommen.

Das könnte Sie auch interessieren

MARKDORF

Beim Hobbymarkt treffen Kreative auf Kunden

40 Bedürftige im Kreis bangen um ihre Hilfen

Anfang 2022 stand die letzte Bewerbungsrunde an, für die Förderung von 2023 bis 2029. Bislang bekommt Schalski 11 000 Euro im Monat BMAS-Zuschuss für seine EUTB. Das deckt größtenteils die Kosten seiner Arbeit. 6000 Euro pro Jahr, sagt er, musste er bislang selbst einbringen. Nun kam der Bescheid aus Berlin: Negativ. Ab dem 1. Januar soll es keine Zuschüsse mehr geben. Damit wäre das Aus für die Teuringer EUTB besiegelt, die die sogenannte niederschwellige Beratung für den gesamten Bodenseekreis abdeckt.

Seit einem Skiunfall vor sieben Jahren ist Beate Roller aus Salem an den Rollstuhl gefesselt. In den ersten Jahren danach mussten sie und ihr Mann für die Pflege und die Hilfsmittel, deren Kosten nur zu einem Teil von den Behörden getragen wurden, den größten Teil der familiären Rücklagen aufbrauchen. | Bild: Fricker, Ulrich | SK-Archiv

Die Begründung des BMAS sei an den Haaren herbeigezogen, sagt Schalski. Die weitere Förderung sei abgelehnt worden, weil er sein Büro nicht in Friedrichshafen betreibe. „Für uns nicht nachvollziehbar“, sagt Schalski: „Wir haben uns bewusst für Oberteuringen entschieden. Erstens leben die meisten hier im Kreis im ländlichen Raum und zweitens ist Oberteuringen eine Gemeinde, die sehr viel für Inklusion leistet.“ Seit fünf Jahren betreibt der selbstständige Rentenberater das EUTB-Büro in der Rotachgemeinde, mit den Zuschüssen vom Bund. Inzwischen kümmert er sich um rund 40 Mitglieder.

Das könnte Sie auch interessieren

MARKDORF

Zum Start der Fasnet kommen die Narren erstmals wieder im Zunfthaus Obertor zusammen

Schalski: „Werden jedes Rechtsmittel ausnutzen“

Schalski will kämpfen: „Die Menschen, die wir betreuen, wollen wir nicht im Regen stehen lassen.“ Zur Not führe er die EUTB als UTB weiter. Er hat nun beim BMAS Widerspruch eingelegt und anwaltlichen Beistand engagiert. „Wir werden jedes Rechtsmittel ausnutzen“, sagt er. Beim Verwaltungsgericht in Berlin hat er eine einstweilige Anordnung beantragt. Sechs EUTBs seien bundesweit betroffen, zwei davon in Baden-Württemberg, die nicht mehr weiterfinanziert werden. Nun hofft er auf eine positive Entscheidung noch vor Weihnachten, denn dann würde er bis zu einem Prozess noch weiterhin den monatlichen Zuschuss bekommen. Und er weiß, bis es zu einem Prozess kommt, zumal an einem Verwaltungsgericht und zudem in Berlin, kann viel Zeit ins Land gehen.

Zermürbender Papierkrieg mit den Behörden: Es gab Zeiten, sagt Roland Roller, in denen er mit seinen Kräften am Ende gewesen sei. Die Pflege seiner Frau und die bürokratischen Hürden brachten ihn an seine Grenzen. | Bild: Fricker, Ulrich | SK-Archiv

Die Bewertung, welche außerbehördlichen Behindertenberatungen vom Bund bezuschusst werden und welche nicht, sieht der selbstständige Renten- und Rechtsberater kritisch. Denn die nimmt im Auftrag des BMAS die 1991 in Berlin gegründete Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (GSUB) vor. „Und die haben keine Ahnung von der Arbeit mit behinderten Menschen“, sagt Schalski harsch. Der wuchtige, untersetzte Mann mit grauem Vollbart scheut sich nicht vor klaren Worten.

Das könnte Sie auch interessieren

SALEM

Ende gut, fast alles gut: Das Landratsamt erstattet der Rollstuhlfahrerin Beate Roller immense Pflegekosten – doch das nächste Problem droht

Stattdessen soll nun im Bodenseekreis statt der EUTB eine neu gegründete Initiative Psychiatrie-Erfahrener Bodensee e.V. ab 2023 von Berlin bezuschusst werden. „Die müssen nun aber alles erst einmal aufbauen“, sagt Schalski. Die Leidtragenden seien seine Mitglieder. Denn die müssen nun wieder von vorne anfangen mit ihrem Papierkrieg: Neue Anträge, erneut ihre Lage schildern, Formulare und Schriftverkehr einreichen etc. pp. Das will er seinen Schützlingen nicht zumuten.

Die Hilfsbedürftigen sind verzweifelt

Die sitzen an diesem Abend verzweifelt und bedrückt an dem langen Tisch im EUTB-Büro. „Von den Behörden sind wir im Stich gelassen worden“, sagt Sylvia Bellstedt, seit langem schwerbehindert. Sie berichtet von einem jahrelangen Kampf mit den Behörden. „Hier bei der EUTB wurde ich zum ersten Mal als Mensch behandelt und nicht als Behinderter“, sagt sie. Auch Daniel Neher berichtet von solchen Erfahrungen: „Ich kämpfe seit zehn Jahren um meine Versorgung.“ Beim Landratsamt sei ihm nicht weitergeholfen worden, stattdessen seien etliche Gutachter bemüht worden, ergebnislos. [Roland Roller aus Salem, dessen Frau sich bei einem Skiunfall 2015 schwer verletzt hatte und nun im Rollstuhl sitzt](#), sagt: „Ich hätte die Hilfe, die wir von der EUTB bekommen haben, von den Behörden erwartet.“ 20.000 Euro kostet die Pflege für seine Frau im Monat, 13.000 Euro bekam er in den ersten Jahren bewilligt, 7000 im Monat mussten sie zuschießen. Nun sind die Familiensparnisse aufgebraucht und Roller vom endlosen Papierkrieg zermürbt.

Mit der technischen Hilfe und unterstützt von einer Hilfsperson kann Beate Roller die engen und steilen Treppen in ihrem Haus bewältigen, wenn auch sehr mühsam. Die Umbauten an den Hilfsmitteln wie dem Rollstuhl summieren sich bereits auf tausende Euro. | Bild: Fricker, Ulrich | SK-Archiv

Von traumatischen Erlebnissen berichtet Cynthia-Stefanie Barth. Sie sei mit ihrem Elektro-Rollstuhl aus dem Bus geworfen worden. „Die Busfahrerin sagte, das sei ein Scooter und ich dürfe nicht mitfahren.“ Eine Beschwerde bei der RAB sei ohne Antwort geblieben. Erst als die EUTB interveniert habe, durfte sie auch den ÖPNV nutzen. „Und selbst die Krankenkasse hatte mir bestätigt, dass ich einen Rollstuhl habe“, sagt sie. Schalski will nicht klein begeben: „Soziale Rechte umzusetzen, das darf nicht am Geld scheitern“, sagt er.

PANORAMA

Matthias Reim spricht über Burnout: „Ich fühlte mich wie ein Verlierer“

STOCKACH

Das Konzept hat sich gelohnt: Gesundheitstag der Lions kommt gut an
